

11.09.2015

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

in dieser Woche haben wir in erster Lesung den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf des Bundeshaushalts 2016 debattiert.

Seit dem Kabinettsbeschluss Ende Juni ist eine völlig neue Lage entstanden, die sich erheblich auf die öffentlichen Kassen auswirkt. Der Rahmen ist mit den im Koalitionsausschuss vereinbarten 6 Milliarden Euro für die Flüchtlings- und Asylpolitik im nächsten Jahr gesteckt.

Die Unionsfraktion hat die Haushaltsberatungen mit der Maßgabe angetreten, weiterhin die schwarze Null ohne Steuererhöhungen umzusetzen. Angesichts des Flüchtlingszustroms, des Zins- und Konjunkturrisikos sowie der künftigen Finanzierung der Mütterrente ist dies gerade auch in der mittelfristigen Finanzplanung ein weiterhin ehrgeiziges Ziel. Der Kabinettsbeschluss, der die bereits 2014 erzielte schwarze Null über 2015 auch in den Jahren 2016 bis 2019 fortschreibt, ist dafür eine solide Grundlage.

Nach dem Regierungsentwurf sollen die Ausgaben im Bundeshaushalt 2016 um 10,4 Milliarden auf 312 Milliarden Euro angehoben werden. Auch in den Jahren bis 2019 steigen sie moderat in Höhe der zusätzlichen Einnahmen an. Dabei soll die Ausgabenwachstumsrate jeweils unter der erwarteten Zuwachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts liegen.

Zu den Schwerpunkten zählt der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der um 13,5 Prozent auf 7,42 Milliarden Euro ansteigen soll. Dies ist der höchste Zuwachs seit Gründung des Ministeriums. Auch für die Folgejahre sind Etats von je 7,5 Milliarden Euro eingeplant. Der Mittelaufwuchs dient vor allem der Bekämpfung der Fluchtursachen im Mittleren und Nahen Osten sowie in Afrika. So ist für 2016 geplant, 600 Millionen Euro in Flucht- und Aufnahmeländer besonders im Umfeld des Syrien-Konflikts zu investieren. Auch die Mittel im Kampf gegen den Klimawandel sollen um zusätzlich 250 Millionen Euro steigen.

Im Bundeshaushalt 2016 wird überdies die Initiative zur weiteren Stärkung der Investitionen des Bundes um zusätzliche 10 Milliarden Euro für die Jahre von 2016 bis 2018 umgesetzt. Der Schwerpunkt liegt bei Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die digitale Infrastruktur, die Energieeffizienz, Klimaschutz und Städtebauförderung.

Der Bund setzt auch seine kommunalfreundliche Politik weiter fort. Zusätzlich zum bereits beschlossenen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ im Umfang von 3,5 Milliarden Euro für finanzschwache Kommunen hat der Koalitionsausschuss vom 6. September 2015 entschieden, zur Bewältigung der Flüchtlings- und Asylsituation Ländern und Kommunen weitere 3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Über die Einzelheiten der Verwendung wird mit den Ländern bis zum 24. September 2015 Einvernehmen erzielt.

Vollständig berücksichtigt sind zudem die steuerlichen Entlastungen von 5,4 Milliarden Euro durch die Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes, des Kinderzuschlags, des Alleinerziehendenfreibetrags und der Milderung der kalten Progression durch Verschiebung der Tarifgrenzen.

Wie üblich habe ich als Haushaltspolitiker auch wieder im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Etat des Vizekanzlers Sigmar Gabriel gesprochen. Dabei bin ich zunächst auf die Flüchtlingsfrage eingegangen, denn diese bedeutet für unsere deutsche Wirtschaft auch eine Chance—eine Chance dem Fachkräftemangel zu begegnen. Ich habe aber auch die maritime Wirtschaft—die gerade auch bei uns in der Region eine Vielzahl an Arbeitsplätzen stellt—angesprochen, die nach meinem Dafürhalten stärker als bisher gefördert werden muss.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Flüchtlinge: Eine Lösung mit Verstand und Herz

Die Flüchtlingsbewegung nach Deutschland hat in den letzten Tagen und Wochen noch einmal stark zugenommen. Schon seit einigen Jahren steigt die Zahl der Menschen, die zu uns kommen, stetig an. Ihr Kommen ist häufig Ausdruck der außenpolitischen Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen, die wir vor allem in und rund um Syrien erleben. Derzeit befinden sich weltweit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Menschen fliehen entweder innerhalb ihrer Heimatländer, in die unmittelbaren Nachbarstaaten oder nach Europa. Als weltoffenes und starkes Land zieht es viele Flüchtlinge gerade nach Deutschland, wo wir die Auswirkungen nun zunehmend ganz konkret erleben. Wir können uns davon nicht frei machen.

Syrien, wo die Terrormiliz IS schrecklich wütet, ist nur ein Beispiel unter vielen – in und aus diesem Land sind alleine mehr als 11 Millionen Menschen geflohen. Wir müssen aber auch feststellen, dass ein ganz erheblicher Anteil der Asylbewerber vom Balkan kommt, aus Ländern, in denen weder Krieg noch politische Verfolgung herrscht; sie können nicht bei uns bleiben.

Für die ganz überwiegende Mehrheit der Menschen in unserem Land gilt in dieser Situation: Wir helfen! Menschen, die vor Krieg und aus Bedrohung flüchten, können sich auf die Solidarität der Menschen in Deutschland und auch die Hilfe von CDU und CSU verlassen. Die enorme Hilfsbereitschaft unserer Bürger ist beeindruckend und zugleich Ausdruck unserer inneren Stärke. Ich danke den vielen Ehrenamtlichen genauso wie den hauptamtlichen Bediensteten bei der Polizei, den Rettungskräften, den Bediensteten bei Bund, Länder und Kommunen. Gleichzeitig verurteile ich auf das schärfste Übergriffe oder Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte, hier muss unser Rechtsstaat hart und zügig reagieren.

Über die Organisation erster Hilfestellung hinaus, müssen wir die Flüchtlingsfrage insgesamt in den Blick nehmen,

denn das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns: Handelnde zu bleiben und eine mittel- und langfristige Lösung zu finden. Denn es ist auch klar, dass wir auf Dauer nicht jedes Jahr 800.000 Menschen bei uns aufnehmen können.

Angesichts der hohen Zahlen verlangt dies uns allen eine enorme Kraftanstrengung ab. In dieser Phase ist es notwendig, parteiübergreifend zu handeln und sich nicht in ideologische Grabenkämpfe zu begeben.

Das in dieser Woche im Koalitionsausschuss verabredete Gesamtpaket hat einen fünfgliedrigen Ansatz: die Fluchtursachen bekämpfen, eine gemeinsame europäische Antwort finden, den tatsächlich Verfolgten helfen, die Nicht-Verfolgten dazu zu bringen, in ihrer Heimat zu bleiben oder dahin zurückzukehren und schließlich Kommunen und Ländern helfen.

Mir persönlich ist es ganz wichtig, die Sorgen und die Ängste, die bei den Menschen angesichts der enormen Flüchtlingsströme entstehen, Ernst zu nehmen. Mitbürger die uns kritische Fragen stellen, sind mitnichten alle Extrem – nein viele Mitbürger sind ernsthaft besorgt, haben Angst und wir sollten uns hüten, Mitbürger die kritische Fragen aufwerfen, sofort alle in die extreme Ecke zu stellen. Nein wir als Politik müssen Antworten geben, Entscheidungen treffen—gerade auch um Ängsten zu begegnen. Und deshalb ist es richtig, dass der Koalitionsausschuss Regelungen zur Bewältigung der Flüchtlingssituation getroffen hat, die wir ganz zügig umsetzen müssen.

Luft- und Raumfahrt

In dieser Woche habe ich mich mit der neuen Chefin des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), Frau Prof. Dr. Ehrenfreund, getroffen. Das DLR wird aus dem Etat des Bundeswirtschaftsministeriums, für den ich der zuständige Haushaltspolitiker bin, finanziert. Ich mache mir immer gerne ein Bild von den Institutionen, die aus dem Haushalt des Ministeriums, für das ich im Haushaltsausschuss zuständig bin, Gelder erhalten. Mir ist es dabei ganz wichtig zu sehen, dass die Mittel auch dort ankommen, wofür sie bestimmt sind und dass sie sinnvoll und zielführend eingesetzt werden.

Deshalb habe ich bereits in der Vergangenheit einen regelmäßigen Austausch mit dem Vorgänger von Frau Ehrenfreund, dem jetzigen Chef der Europäischen Weltraumagentur ESA Johann-Dietrich Wörner, gepflegt.

Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist auch bei uns in der Region fest verankert und stellt einen Großteil an Arbeitsplätzen. Auch das DLR hat eine Dependence in Bremen, die ich demnächst auch besuchen werde um mir vor Ort ein Bild von der Arbeit zu machen.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range